

# Stenographisches Protokoll.

## 14. Sitzung der V. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Dienstag, den 30. März 1954.

### Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann (Seite 441).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 441).
3. Mitteilung des Präsidenten Saßmann (Seite 441).
4. Mitteilung des Einlaufes (Seite 441).
5. Verhandlung:

Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend die Erlassung eines umfassenden Flurschutzgesetzes. Berichterstatter Abgeordneter Dienbauer (Seite 441); Abstimmung (Seite 442).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend die niederösterreichische Landesleihe 1954. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 442 und Seite 458). Redner: Abg. Dubovsky (Seite 443), Abg. Hilgarth (Seite 445), Abg. Wondrak (Seite 447), Abg. Dubovsky (Seite 451), Abg. Prof. Zach (Seite 453), Abg. Wenger (Seite 455), Präsident Abg. Endl (Seite 457); Abstimmung (Seite 458).

**PRÄSIDENT SASSMANN** (um 14 Uhr 37 Min.): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Abg. Landesrat G e n n e r und Herr Landeshauptmannstellvertreter K a r g l.

Die Zustimmung des Hohen Hauses voraussetzend, stelle ich die im Finanzausschuß am 25. März 1954 verabschiedete Vorlage der Landesregierung, Zahl 529, betreffend die niederösterreichische Landesleihe 1954, noch auf die Tagesordnung dieser Sitzung. (Nach einer Pause): Keine Einwendung. Der Antrag des Finanzausschusses liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

**SCHRIFTFÜHRER** (liest):

Vorlage der Landesregierung, betreffend niederösterreichische Investitionsleihe 1911; Regelung des Anleihendienstes.

Vorlage der Landesregierung, betreffend das Gesetz, womit das Gesetz vom 6. Juli 1949, LGBl. Nr. 54, über den Schutz der Kulturpflanzen (niederösterreichisches Kulturpflanzenschutzgesetz) ergänzt wird.

Anfrage der Abgeordneten Stangler, Schweinhammer, Ing. Hirmann, Schwarzott, Ernecker, Tesar und Genossen an den Herrn Landesrat Stika, betreffend Verweigerung der Durchführung eines Gemeinderatsbeschlusses durch den Bürgermeister der Ortsgemeinde Drösing.

Antrag der Abgeordneten Ing. Hirmann, Etlinger, Wegerer, Dienbauer, Marchsteiner, Gutscher, Nagl und Genossen, betreffend die Förderung des Wohnungswesens in der Landwirtschaft.

Antrag der Abgeordneten Stangler, Reitzl, Gutscher, Prof. Zach, Wallig, Hilgarth und Genossen, betreffend die Abänderung des § 17 des Gesetzes vom 12. Juli 1935, LGBl. Nr. 154, über die Veranstaltung von Lichtschaulspielen (niederösterreichisches Lichtschaulspielgesetz).

**PRÄSIDENT SASSMANN** (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse bzw. Referenten): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. D i e n b a u e r, die Verhandlung zur Zahl 485 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. D I E N B A U E R: Hoher Landtag! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Ing. Hirmann, Tesar, Schöberl, Stangler, Nagl, Schmalzbauer und Genossen, betreffend die Erlassung eines umfassenden Flurschutzgesetzes, zu berichten.

Die derzeitigen Bestimmungen des Flurschutzes sind sehr unübersichtlich und kompliziert. So ist zum Beispiel der Forstschutz Bundessache, während der Flurschutz Gemeindesache ist. Daneben gibt es wieder verschiedene andere Vorschriften über den Jagdschutz usw. Ganz alte Gesetze aus dem Jahre 1860 sind in dieser Frage noch in Geltung. Daneben sind die Bestimmungen über die Verfahrensvorschriften sehr kompliziert, sogar das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz vom Jahre 1917 findet noch Anwendung. Es ist daher wünschenswert und ein Gebot der Stunde, daß in dieser schwierigen Materie ein umfassendes Flurschutzgesetz dieser Sache ein Ende bereitet.

Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit eingehend befaßt und stellt daher folgenden Antrag (liest):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestens einen Gesetzentwurf, betreffend ein umfassendes Flurschutzgesetz, zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN (nach Abstimmung): A n g e n o m m e n .

Ich ersuche Herrn Abg. Schöberl, die Verhandlung zur Zahl 529 einzuleiten.

Berichterstatte Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit einer Vorlage der Landesregierung, betreffend die niederösterreichische Landesanleihe 1954, beschäftigt.

Es liegt eine Reihe von Aufgaben vor, deren Durchführung die Interessen des Landes verlangen:

1. Die Konvertierung (Zurückzahlung) zweier Kontokorrentkredite von zusammen 33,9 Millionen Schilling in eine Schuld zu einem wesentlich niedrigeren Zinssatz, und zwar eines Kontokorrentkredites im restlichen Betrage von 16,9 Millionen Schilling, aufgenommen für Wiederaufbauzwecke 1948 bei der Landeshypothekenanstalt für Niederösterreich, zu zehn Prozent verzinslich, und eines Kontokorrentkredites im Betrage von 17 Millionen Schilling, aufgenommen zur Bedeckung der Investitionsgebarung 1949 bei der Girozentrale der österreichischen Sparkassen, ebenfalls zu zehn Prozent verzinslich. Die Konvertierung hätte eine namhafte Ersparnis an Zinsen zur Folge.

2. Die Beteiligung des Landes an der Donaukraftwerke-AG. (Kraftwerk Ybbs-Persebeug), der für die weitere Entwicklung der Energiewirtschaft des Landes, insbesondere für die Sicherung des im Lande benötigten Stromes, größte Bedeutung zukäme.

3. Die Errichtung eines Amtsgebäudes auf dem Ballhausplatz. Die derzeit notwendige Unterbringung zahlreicher Dienststellen der Landesregierung außerhalb ihres Sitzes in der Herrengasse in verschiedenen Privatunterkünften gegen Miete verursacht eine empfindliche Beeinträchtigung des Dienstbetriebes, eine große Erschwernis für die recht- und ratsuchende Bevölkerung bei Auffindung der für sie zuständigen Amtsstellen sowie eine große finanzielle Belastung durch hohe Miet- und Instandhaltungskosten.

4. Die Durchführung von Investitionen, die der Landtag noch im Rahmen des Nachtragsbudgets 1954 und des Budgets 1955 beschließen wird.

Die in Aussicht genommenen Maßnahmen würden neben den mit ihnen verfolgten besonderen Zwecken auch noch eine weitere, eminent wichtige und derzeit besonders dringliche Aufgabe erfüllen: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie verursachen jedoch Ausgaben in einer Höhe, daß sie begreiflicherweise durch die Einnahmen eines einzigen Budgetjahres nicht gedeckt werden können. Die Landesregierung hat daher zur Beschaffung der notwendigen Mittel die Aufnahme einer größeren Anleihe ins Auge gefaßt und zu diesem Zwecke Verhandlungen mit Kreditinstituten aufgenommen. Im Zuge derselben hat sich die Girozentrale der österreichischen Sparkassen bereit erklärt, eine Anleihe des Landes in der Höhe von 200 Millionen Schilling zur Gänze zu übernehmen, wobei ihr das Recht der Weitergabe derselben an das Publikum im Börsenwege vorbehalten bleiben soll. Als nähere Bedingungen der Anleihe wurden mit dem genannten Kreditinstitut folgende abgesprochen:

Zuzahlungskurs: 98 Prozent für 100 S Nominale; Stückelung: 2000 Stück zu 100.000 S; Laufzeit: 25 Jahre; Verzinsung: 6½ Prozent p. a. im nachhinein zu den Terminen 1. Juni und 1. Dezember; Tilgung in 20 gleichen Jahresraten ab 2. November 1960 (demnach erst nach fünf Jahren) und am 2. November jeden folgenden Jahres bzw. an dem darauffolgenden Werktag, nach Wahl des Schuldners durch Verlosung oder Einlösung. Dem Schuldner steht das Recht zu, die Anleihe ab 2. November 1960 nach drei Monate vorher erfolgter Aufkündigung ganz oder teilweise vorzeitig einzulösen.

Die Kotierung der Anleihe an der Effektenbörse wird von der Girozentrale der österreichischen Sparkassen veranlaßt werden. Die Landesregierung wird die Girozentrale unterstützen, die Belehbarkeit der Anleihe bei der Oesterreichischen Nationalbank zu erreichen.

Der Anleiheerlös wird vom Lande Niederösterreich bis 31. Dezember 1954 zur Gänze in Anspruch genommen werden.

Die Anleihegebarung soll in der Weise erfolgen, daß — wie bereits erwähnt — 33,9 Millionen Schilling zur Rückzahlung (Konvertierung) der eingangs erwähnten Kontokorrentkredite verwendet, die restlichen 166,1 Millionen Schilling jedoch auf eine Investitionsrücklage gelegt werden, von wo sie nach Bedarf abverfügt werden können. Hierbei wird für eine entsprechende kurzfristige Veranlagung der Anleiheerlösteile, die nicht sofort ihrer Verwendung zugeführt werden, Vorsorge getroffen werden.

Wie bereits erwähnt, hat sich der Finanzausschuß mit dieser Vorlage befaßt und ist zu dem Beschluß gekommen, dem Hohen Landtag folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, eine Anleihe im Betrage von 200 Millionen Schilling zu den im zuliegenden Bericht angeführten Bedingungen und für die dort angeführten Zwecke aufzunehmen.

2. Im außerordentlichen Voranschlage des Landes Niederösterreich sind in der Gruppe 9 zwei neue Ausgabenvoranschlagsansätze zu eröffnen, und zwar:

Voranschlagsansatz 913—860, Tilgung von aufgenommenen Darlehen, mit einem Kreditbetrage von 33,9 Millionen Schilling, und

Voranschlagsansatz 912—87, Zuweisung an Investitionsrücklage, mit einem Kreditbetrage von 166,1 Millionen Schilling.

3. Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung der vorstehenden Beschlüsse alles Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über diese Vorlage die Debatte zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter D u b o v s k y.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Im vergangenen Monat hat sich der Hohe Landtag innerhalb einer Woche zweimal mit der Frage der rapid ansteigenden Arbeitslosigkeit in Österreich, vor allem aber in Niederösterreich, beschäftigt. In den Debatten, die in beiden Sitzungen ein sehr weites Ausmaß angenommen haben, wurde auch die Besorgnis über die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zum Ausdruck gebracht, und es war der Herr Landesrat Stika, der hier darauf hingewiesen hat, daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht nur eine saisonbedingte Erscheinung ist, sondern daß wir darin vielmehr Anzeichen einer beginnenden Krise sehen müssen, weil mehr als zwei Drittel der jetzt Beschäftigungslosen nicht aus saisonbedingten Berufen stammen.

Daher ist es zu begrüßen, daß die Landesregierung nunmehr darangegangen ist, eine Anleihe aufzunehmen — auf deren Schönheitsfehler werde ich noch zu sprechen kommen —, die dazu bestimmt ist, vor allem im Wege der Durchführung von Investitionen und damit der Schaffung von Arbeit wirksam

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Es ist ganz sicher, daß dadurch in erster Linie die saisonbedingte Arbeitslosigkeit bekämpft werden wird. Man darf dabei auch nicht übersehen, daß gerade in Zeiten, in denen krisenhafte Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt offenkundig werden, die Durchführung der öffentlichen Investitionen eine Bremse darstellt, um die Krise auch in den Industriezweigen zu überwinden, weil die Auswirkung jeder öffentlichen Investitionstätigkeit weit über die Bauberufe hinausgeht und diese Investitionstätigkeit daher zu einer Bremse gegen die zunehmende Krise und gegen das Ansteigen der Arbeitslosigkeit werden kann. Wir waren es, die wiederholt darauf hingewiesen haben, daß es gerade in Zeiten der jetzigen Wirtschaftsentwicklung, mit ihrer ständig zunehmenden Durchschnittsarbeitslosigkeit — und nur die kann maßgebend sein —, notwendig ist, auch durch Kreditoperationen diese Bremse, die gegen die Wirtschaftverschlechterung und gegen die beginnende Krise wirkt, in Anwendung zu bringen. Und deswegen begrüßen wir diese Anleihe, obwohl sie nicht zu sehr günstigen Bedingungen aufgenommen wird, denn schließlich stellt diese Anleihe, in weiterer Perspektive betrachtet, eine nicht unwesentliche Belastung des Landeshaushaltes für die nächsten 25 Jahre dar. Aber schließlich ist die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit so entscheidend, daß man letzten Endes auch diesen Schönheitsfehler in Kauf nehmen kann.

Im Antrag der Landesregierung ist noch ein bestimmtes Hakerl enthalten, das doch einigermaßen Bedenken erwecken muß, und zwar ist es die Bestimmung auf Seite 2 des Motivenberichtes, daß die restlichen 166,1 Millionen Schilling — hier sind scheinbar um vier Millionen Schilling zuviel eingesetzt, weil der Zuzählungskurs ja nur 98 Prozent beträgt, daher nicht 200 Millionen, sondern nur 196 Millionen Schilling zur Zuzählung gelangen —, die dem Lande nach Konvertierung von Kontokorrentkrediten in der Höhe von 33,9 Million Schilling zur Verfügung stehen werden, einer Investitionsrücklage zugeführt werden sollen. Damit sind wir einverstanden. Nun heißt es weiter, „... von wo sie nach Bedarf abverfügt werden können“. Auch damit einverstanden! Aber nun heißt es: „Hierbei wird für eine entsprechend kurzfristige Veranlagung der Anleiheerlöse, die nicht sofort ihrer Verwendung zugeführt werden, Vorsorge getroffen werden müssen.“

Diese Bestimmung kann nichts anderes darstellen, als daß durch diese kurzfristige Anleiheerlösverwendung eigentlich Arbeiten

vorgezogen werden, die in den nächsten Jahren ihre Finanzierung in den normalen Budgets finden sollten, aus deren Mitteln dann die Kosten für diese Arbeiten, nachdem sie in das heurige Jahr vorgezogen werden, in den kommenden zwei oder drei Jahren an diese Investitionsrücklage zurückerstattet werden. Das würde bedeuten, daß man heuer, im Hinblick auf die kommende Wahl, eine Reihe von Arbeiten in Angriff nimmt und sie vorfinanziert, die eigentlich in den kommenden Jahren auf Grund des normalen Budgets durchgeführt hätten werden sollen und für die dann nicht die Mittel zur Verfügung stehen werden, weil sie eben an die Investitionsrücklage überwiesen werden müssen. Das bedeutet meiner Meinung nach die Bestimmung in diesem Antrag, die am meisten Bedenken erwecken muß.

In dem Antrag wird auch festgestellt, daß die Errichtung eines Amtsgebäudes auf dem Ballhausplatz erfolgen soll. Wie man so gehört hat, soll die Errichtung dieses Amtsgebäudes rund 40 Millionen Schilling kosten. Nun ist es zweifellos zweckmäßig, die Ämter der Landesregierung zu zentralisieren, denn es ist für die Bevölkerung, die von draußen hereinkommt, oft beschwerlich, in Wien von einem Bezirk in den anderen zu fahren, nur weil die Leute nicht wissen, wo dieses oder jenes Amt der Landesregierung untergebracht ist. Wir müssen aber dabei sehen, daß diese 40 Millionen Schilling nicht der Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich dienlich sind, das heißt, daß mit diesen 40 Millionen Schilling nicht niederösterreichische Arbeitslose Beschäftigung finden werden, es sei denn, daß sie an der Baustelle als Saisonarbeiter Verwendung finden können.

Die zweite Sache, die in dem Antrag enthalten ist, ist die Beteiligung des Landes an dem Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug. Diese Frage ist hier im Landtag schon zu wiederholten Malen aufgerollt worden, aber nicht nur hier im Landtag, sondern auch in der Öffentlichkeit. Ich glaube, daß die Errichtung des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug für unser Land von entscheidender Bedeutung ist, und jeder, der sich nur halbwegs für dieses Land verantwortlich fühlt, muß daher seine ganze Kraft einsetzen, damit dieses Werk auch tatsächlich errichtet wird. Nun sind in der letzten Zeit wieder einige Dinge im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug publik geworden. Ich habe schon bei der Budgetberatung darauf hingewiesen, daß dieses Kraftwerk unbedingt errichtet werden muß. Wenn nun das Ministerium für verstaatlichte Betriebe dazu nicht bereit ist, dann soll eben das Land Nieder-

österreich zusammen mit der Gemeinde Wien die Errichtung dieses Kraftwerkes in Angriff nehmen. Daß diese Überlegung richtig ist, zeigt die Entwicklung dieser Angelegenheit in den letzten Jahren. Es ist bereits ein Jahr her, daß begonnen wurde, mit den Russen wegen der Übernahme zu verhandeln. Es ist bald ein Jahr, daß die effektive Übergabe erfolgt ist, und wir müssen sehen, daß mit dem eigentlichen Bau des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug noch nicht begonnen wurde, daß also ein Jahr ungenützt verstrichen ist. Es gibt zwar sehr viele Mitteilungen und Nachrichten über eine Reihe von Terminen, zu welchen mit dem Bau begonnen werden soll. Einen solchen Termin hat es auch in der letzten Zeit gegeben, als man die Bauangebote ausgeschrieben, hat. Wenn man aber dann weiß und hört, daß man im vergangenen Jahr anfangs Februar oder März, nachdem man einen neuen Plan ausgearbeitet hatte, auf einmal in den maßgeblichen Stellen der Donaukraftwerke zu diskutieren begonnen hat, ob es nicht eine Fehlinvestition sei, jetzt Ybbs-Persenbeug zu errichten, weil der Strombedarf Österreichs durch die österreichischen Kraftwerke weit über seinen Bedarf hinaus gedeckt erscheint, dann sieht man, daß die Frage der Errichtung des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug durchaus noch nicht so entschieden ist und so feststeht, wie man es wiederholt versucht hat, in der Öffentlichkeit zu publizieren. Dazu kommt noch, daß in den letzten Tagen und Wochen auf einmal der Plan aufgetaucht ist, den neuen Bauplan, den man bereits ausgearbeitet hat, wieder durch einen noch neueren Bauplan zu ersetzen, das heißt also, wiederum Zeit gewinnen, um dort nicht bauen zu müssen. Ich glaube, daß es hier die Aufgabe der Landesregierung ist, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß tatsächlich mit dem Bau in Ybbs-Persenbeug begonnen wird. Wenn, wie ich schon gesagt habe, nicht das Ministerium für verstaatlichte Betriebe mit dem Bau beginnt, dann ist doch die Alternative ins Auge zu fassen, daß Niederösterreich mit der Gemeinde Wien oder dem Burgenland oder einem anderen Partner zusammengeht, damit dieses entscheidende Bauvorhaben, diese einzige Großinvestition, die es in Niederösterreich neben den Kamptalkraftwerken geben wird, tatsächlich in Angriff genommen werden kann.

Ich glaube daher, daß die im Rahmen dieser Anleihe vorgesehene Bestimmung über die Beteiligung des Landes an Ybbs-Persenbeug zweckmäßig ist, vorausgesetzt, daß dieser Bestimmung wirklich der energische Kampf um den rechtzeitigen, womöglich sofortigen Baubeginn in Ybbs-Persenbeug folgt.

Es steht demnach eine größere Summe dieser Anleihe für Investitionszwecke zur Verfügung. Ich glaube, daß es Aufgabe der Landesregierung sein wird, mit dem Anleiherlös Arbeiten in den Notstandsgebieten zu finanzieren, wo sie tatsächlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Dabei wird es zweckmäßig sein, wenn die Landesregierung auf das von der niederösterreichischen Arbeiterkammer ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückgreift und die dort enthaltenen Anregungen berücksichtigt, um eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchführen zu können. Wir haben im vergangenen Jahr, aber auch in den vergangenen Monaten und Wochen wiederholt bei verschiedenen Anregungen und bei verschiedenen Anträgen gehört, daß zur Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogrammes kein Geld vorhanden sei. Nun, die Anleihe schafft jetzt Finanzierungsmöglichkeiten! Wenn sie auch nicht einen Überfluß an Geldmitteln bringen wird, so schafft sie doch Finanzierungsmöglichkeiten für solche Arbeiten, die im allgemeinen Interesse liegen und die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen, insbesondere in den Notstandsgebieten. Ich denke dabei beispielsweise an die Beiträge des Landes für die Errichtung der Wasserleitung in Korneuburg, ich denke weiter — wenn es auch dem Herrn Bürgermeister Dr. Steingötter nicht recht ist — an einen Beitrag des Landes für die Beseitigung des Barackenelends in der Stadt St. Pölten. Es gibt also eine Reihe von Arbeiten, die nunmehr mit diesen Mitteln in Angriff genommen werden können.

Ich erlaube mir hierzu, folgenden Resolutionsantrag an den Hohen Landtag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der auf Investitionen entfallende Teil der Anleihe wird in erster Linie für Arbeiten in den Notstandsgebieten verwendet, wobei besonders das von der niederösterreichischen Arbeiterkammer vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm zu berücksichtigen ist. Vor allem sollen Mittel für die Fertigstellung der Wasserleitung in Korneuburg sowie für den Wohnhausbau in St. Pölten zur Beseitigung des Barackenelends bereitgestellt werden.“

Ich glaube, wenn man das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Arbeiterkammer berücksichtigt, wenn man sich weiter auf die dringendsten Arbeiten in den Notstandsgebieten konzentriert, dann wird diese Anleihe weit über ihre Höhe hinaus den Interessen der gesamten niederösterreichischen Bevölkerung

gerecht werden und entscheidend zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes beitragen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. HilgARTH.

Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Der Landtag steht heute vor einer der größten Entscheidungen auf finanziellem Gebiete außerhalb des Rahmens des Voranschlages. Es ist gelungen, endlich die Erfolge der Finanzpolitik in der Bundesregierung so weit für uns nutzbar zu machen, daß wir in einem größeren Rahmen an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht mit Hilfe von Steuereinnahmen, sondern mit Hilfe von Spargeldern schreiten können. Dieser wesentliche Fortschritt ist um so höher einzuschätzen, weil immer dann, wenn er durch die Erfolge der Finanzpolitik der Bundesregierung bedingt ist, gezweifelt wird, ob sich dieser Fortschritt tatsächlich aus dieser Politik ergeben hat. Wenn etwas schiefeht, heißt es immer: die Kamitz-Politik! Wenn etwas aber einmal besser ausgeht, dann war es eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Verhältnisse so entwickelt haben, wie wir sie jetzt vorfinden.

Wenn wir nun die Frage stellen, wie sich die Verwendung der Anleihe von 200 Millionen Schilling auf die einzelnen Investitionsvorhaben aufgliedert, was damit zu leisten sein wird, so ist es vielleicht momentan noch verfrüht, sich bereits jetzt den Kopf darüber zu zerbrechen. Die erste Sorge, die uns zunächst einmal erfüllen mußte, war die, daß wir überhaupt zu diesem Geld gelangen konnten. Das war das Kunststück. Ich glaube, daß namentlich die Bedingungen, unter denen diese Anleihe für das Land Niederösterreich aufgenommen werden kann, als zu den besten gezählt werden können, die zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt erreichbar sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch der Zuzählungskurs, von dem der Herr Abgeordnete Dubovsky gesprochen hat, in dieser Höhe kaum bei einer Anleihe in der letzten Zeit erreicht wurde. Die Tatsache, daß ein Zuzählungskurs von 98 in der jetzigen Zeit eine Sonderheit darstellt, kann wohl von niemand in diesem Hause bestritten werden. Wenn wir uns mit der Verrechnung der fehlenden und durch den Zuzählungskurs bedingten vier Millionen Schilling beschäftigen, so müssen wir bedenken, daß die Aufstellung, die uns vom Finanzreferat gegeben wurde, eine Bruttoaufstellung und keine Nettoaufstellung ist; es wird der Betrag, der nicht zur Auszahlung an das Land kommt, auf der Ausgabenseite aufscheinen müssen.

Wir müssen weiter überlegen, daß auch der Zinsfuß dieser Anleihe als für uns in der jetzigen Zeit äußerst günstig zu bezeichnen ist. Ich glaube, daß auch dagegen kaum ein Widerspruch erhoben werden kann, denn es ist eine Seltenheit, daß bei privaten oder auch bei öffentlichen Kreditanstalten in der letzten Zeit ein Anleihezinsfuß von sechseinhalb Prozent zur Verrechnung gekommen ist.

Wenn wir bedenken, daß sich eine Besserung des Kapitalmarktes hauptsächlich darin zeigt, daß es nun endlich möglich ist, langfristige Darlehen aufzunehmen, so liegt darin ein Beweis für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Es ist ja nicht nur unsere Anleihe, die von der Girozentrale der Sparkassen übernommen wurde, sondern es ist bekannt, daß bei ihr auch die 600-Millionen-Schilling-Anleihe für die Bundesbahnen und für andere Bundeseinrichtungen aufgenommen wurde. Es ist weiter bekannt, daß auch die 300-Millionen-Schilling-Anleihe der Newag auf diesem Wege beschafft wurde. Mit der 200-Millionen-Landesanleihe sind daher bei der Girozentrale der österreichischen Sparkassen öffentliche Anleihen im Gesamtbetrag von mehr als einer Milliarde Schilling zu günstigen Bedingungen und auf lange Fristen aufgenommen worden.

Ich glaube, daß wir für die Verhandlungen, die bestimmt nicht leicht waren und die zu diesem günstigen Ergebnis geführt haben, unserem Herrn Finanzreferenten, der hauptsächlich an dieser Arbeit beteiligt gewesen ist, den herzlichsten Dank aussprechen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Auswirkungen der Anleihe werden sich auf den verschiedensten Gebieten nicht nur darin zeigen, daß diese großen Geldbeträge in Umlauf kommen, sondern sie werden auch imstande sein, einen wesentlichen Beitrag zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Ein weiterer Vorteil, der besonders augenfällig ist, liegt aber auch darin, daß das Land mit Hilfe dieser Anleihe die kurzfristigen und hoch verzinslichen Kontokorrentkredite, die das Land bis jetzt aufgenommen hatte und von denen auch der Herr Abg. Dubovsky gesprochen hat, konvertieren und dadurch die Zinsenlast herabsetzen und die Kreditrückzahlung auf eine lange Zeit verteilen kann. Es geht nun einmal nicht anders, wenn Schulden gemacht werden, so muß auch ihre Rückzahlung sichergestellt werden. Aber die Last der Rückzahlung wird uns um so leichter werden, weil sie nunmehr auf eine lange Zeit verteilt erscheint.

Eine Befürchtung, die Herr Abg. Dubovsky ausgesprochen hat, bezieht sich auf die Ver-

wendung von Mitteln aus dieser Anleihe für die Errichtung eines neuen Amtshauses in unserer nächsten Nähe. Man kann darüber verschiedener Ansicht sein, aber die Notwendigkeit der Errichtung dieses Amtshauses ist unbestritten. Ich glaube nur, mein Vorredner hat sich in der Höhe des dazu notwendigen Betrages geirrt, denn, soweit jetzt die Pläne bekannt sind, wird kaum der Betrag von 40 Millionen Schilling aufzuwenden sein, sondern vorsichtige Schätzungen, die schon sehr hoch greifen, sprechen von 20 Millionen Schilling. Wenn nun dieses Geld in Umlauf gebracht wird, dann bin ich fest davon überzeugt, daß dadurch nicht nur Wiener allein in Beschäftigung kommen, sondern es besteht die feste Absicht — diese wurde hier im Landtag schon öfter zum Ausdruck gebracht —, daß auf dieser Baustelle vorwiegend Arbeiter und Gewerbetreibende aus dem Lande Niederösterreich zum Zuge kommen sollen.

Mit der Frage des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug hängt die Kreditaufnahme natürlich wesentlich zusammen. Wenn der Herr Abg. Dubovsky hier eine sehr dringende Aufforderung an das Haus gerichtet hat, nicht lockerzulassen, diesen Plan unbedingt zu erfüllen, dann kann er sicher sein, daß die Mehrheit dieses Hauses bisher alles unternommen hat, um dem Lande Niederösterreich den Anteil zu sichern, den es sich beim Bau von Ybbs-Persenbeug wünscht. Ich kann namens der Österreichischen Volkspartei erklären, daß die Errichtung des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug für uns ein ganz ernstes Projekt ist, und daß wir bestrebt sind, diesen Bau so rasch als möglich in Angriff zu nehmen, daß wir aber auch bestrebt sind, den entsprechenden Anteil des Landes an diesem Werk sicherzustellen. Wenn wir davon reden, daß wir mit mindestens 50 Prozent in die Beteiligung einsteigen wollen, so mag das allein schon zeigen, welche Bedeutung diese Frage für uns hat. Ybbs-Persenbeug ist eine Lebensnotwendigkeit für Niederösterreich, und es ist richtig, daß es die erste Großbaustelle sein wird, die wir im Lande aufziehen. Darum ist es gut, daß die erforderlichen Beiträge des Landes zur richtigen Zeit auf den Tisch gelegt werden. Damit zeigen wir, daß wir nicht nur mit Reden und papierenen Anträgen kommen, sondern daß wir diesen Bau so rasch als möglich in die Tat umgesetzt wissen wollen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Anleihe, die zu den in der jetzigen Zeit bestmöglichen Bedingungen erreicht wurde, durch die wirtschaftliche Konsolidierung in unserem Lande ermöglicht worden ist und eine Frucht

der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung darstellt. Das Land Niederösterreich wird mit dem Anleiheerlös in einer Weise haushalten, damit der größte Effekt erzielt wird. In diesem Sinne wird die Österreichische Volkspartei freudig ihre Zustimmung zur Aufnahme dieser Anleihe geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wondrak.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Es ist das erstemal seit 1945, daß der Landtag von Niederösterreich Gelegenheit hat, über eine Anleihe des Landes zu diskutieren und über diese zu beschließen. Bis jetzt haben wir im Rahmen und im Zuge der Budgetverhandlungen immer wieder nur die Tatsache vor uns gehabt, daß die Abgänge, die sich in den Budgets ergeben haben, im Wege von kurzfristigen Kreditoperationen gedeckt worden sind. Die eigentümliche Gestaltung des Geldmarktes hat es notwendig gemacht, diesen Ausweg zu beschreiten. Nun haben sich die Dinge nicht nur in Niederösterreich, sondern auch im Bundesmaßstab wesentlich geändert. Man spricht immer wieder davon, und man erlebt es ja auch, daß Kredite nicht mehr in der früheren Form aufgenommen werden, sondern daß faktisch Anleihen vergeben werden. Die Energieanleihe war die erste große Anleihe in Österreich, die unter Beweis gestellt hat, daß es bei der heutigen Entwicklung des Geldmarktes möglich ist, mit Anleihen unterzukommen. Seither hat es eine Reihe von anderen Anleihen gegeben, die das nur bekräftigt haben, und der Herr Vordner hat soeben ausgeführt, daß ein einziges Geldinstitut, nämlich die Girozentrale der Österreichischen Sparkassen, in der Lage ist, nicht weniger als drei große Anleihen in ganz kurzer Zeit nacheinander zu gewähren und sie auch unterzubringen. Wenn unter diesen Voraussetzungen nun das Land Niederösterreich auch dabei ist, so ist das nur zu begrüßen.

Gestatten Sie, daß wir einmal einen ganz kurzen Blick auf die finanzielle Lage des Landes werfen. Wir haben nach dem Voranschlag 1954 in der ordentlichen Gebarung einen Abgang von 31,992.800 S. Der außerordentliche Voranschlag wies einen solchen von 83,205.000 S auf. Diese insgesamt 115,197.800 Schilling waren das Ergebnis unserer Verhandlungen im Dezember des vergangenen Jahres. Wir haben allerdings schon damals darauf verwiesen, daß uns der Abgang, soweit er im ordentlichen Voranschlag aufscheint, keine Bedenken macht. Die Ansätze im Vor-

anschlag sind sicherlich so gehalten, daß man damit rechnen kann, daß dieser Abgang von knapp 32 Millionen Schilling ohne weiteres durch Mehreinnahmen gedeckt werden kann. Was aber die Bedeckung des Abganges im außerordentlichen Voranschlag betrifft, so habe ich ebenfalls schon damals die Meinung vertreten — sie ist heute durch die Entwicklung schon bestätigt —, daß nur ein Teil dieses Abganges durch Mehreinnahmen, die das Land erzielen wird, seine Deckung finden wird. Denn aus dem Voranschlag für 1954 entnehmen wir, daß für die Gebarung des Jahres 1953 ein Betrag von 27,500.000 S als Darlehen im Jahre 1953 aufgenommen werden mußte; mit diesem Betrag ist nämlich im Voranschlag 1954 der Schuldenzuwachs ausgewiesen. Man kann also mit großer Wahrscheinlichkeit rechnen, daß im Jahre 1954 ein ähnlich großer Betrag an Krediten oder Darlehen notwendig sein wird, wenn man das gesamte Programm, wie wir es im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag gesehen haben, auch tatsächlich durchführen will. Daran zweifeln wir nicht, denn von maßgebender Seite wurde wiederholt versichert, daß die feste Absicht besteht, die mit dem Budget 1954 beschlossenen Ausgaben auch tatsächlich zu realisieren und an ein Sparen nicht zu denken. Am 31. Dezember des verflossenen Jahres weist nun unser Voranschlag einen Schuldenstand — es sind das nur die Inlandsschulden — von 118,786.300 S auf; ein nicht übermäßig hoher Betrag, ein Betrag, der sicherlich zu keinerlei Befürchtungen Anlaß gibt. Immerhin darf man nicht übersehen, daß der erforderliche Betrag für den Zinsen- und Tilgungsdienst die ansehnliche Summe von 22,200.000 S ausmacht. Wenn wir nun annehmen, daß der Schuldenzuwachs im Jahre 1954 die gleiche Höhe wie im Jahre 1953, nämlich 27½ Millionen Schilling, ausmachen wird, so ergibt sich für den Verlauf des heurigen Rechnungsjahres folgendes Bild: Der erwähnte Zuwachs der Schuld von 27,500.000 S wird bis Ende 1954 die alte Schuld von 118,786.000 S auf 146,286.000 S erhöhen. Da wir laut unserem Voranschlag im Jahre 1954 eine Rückzahlung von 9,200.000 S auf die alte Schuld leisten werden, so können wir voraussichtlich — man wird hier sicherlich nicht weit danebengreifen — damit rechnen, daß wir am Ende des Jahres 1954 eine Gesamtschuld von rund 137 Millionen Schilling zu verzeichnen haben werden.

Ich bringe das dem Hohen Hause nur deswegen zur Kenntnis, weil wir jetzt eine Anleihe begeben, die höher ist — wesentlich höher ist! — als die Gesamtschuld des Landes, die vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1953



entstanden ist und bis Ende 1954 noch entstehen wird. Die Landesanleihe 1954 — das wird ihr offizieller Name sein — soll ja einen Betrag von 200 Millionen Schilling bringen. Damit wird der Schuldenstand des Landes Niederösterreich bis Ende dieses Jahres auf die — glaube ich — schon ins Gewicht fallende Summe von rund 337,000.000 S ansteigen. Das ist immerhin schon ein Betrag, von dem man sagen muß, daß er bei der Erstellung des Budgets in den nächsten Jahren einen ganz nennenswerten Faktor ausmachen wird. Es ist das ein Betrag, der dem Finanzreferenten sicherlich jedes Jahr gewisse Sorgen bereiten wird, um ihn richtig unterzubringen, denn für die Verzinsung und Tilgung dieser Schulden werden folgende Beträge notwendig sein: für die alten Schulden rund 26 Millionen Schilling, unter der Annahme, daß wir im Jahre 1954 wieder eine Steigerung der Schulden wie im Jahre 1953 zu verzeichnen haben werden; für die neue Anleihe werden bei 6,5 Prozent Zinsen 13 Millionen Schilling erforderlich sein, so daß insgesamt 39 Millionen Schilling notwendig sein werden, um den Schuldendienst des Landes Niederösterreich im Budget glattzustellen, ein Betrag, von dem man sagen muß, daß er bei dem nicht allzu großen Volumen der Finanzkraft des Landes sicherlich in die Waagschale fallen wird. Man muß annehmen, daß dieser Betrag in den nächsten fünf Jahren stabil bleibt, denn die Landesanleihe 1954 wird ja in den ersten fünf Jahren nicht getilgt, die Rückzahlung beginnt ja erst nach fünf Jahren. In den nächsten fünf Jahren wird also mit einer gleichbleibenden Summe an Tilgung und Zinsen gerechnet werden müssen. Wenn es sich aber ergeben sollte, daß nach den Jahren 1954 und 1955 — für diese Zeit soll nämlich die Anleihe, die wir heute beschließen, reichen — noch weitere Kreditbedürfnisse dazukommen, dann wird sich der Schuldenstand des Landes bis 1959, also dem Zeitpunkt, in dem mit der Rückzahlung der Landesanleihe 1954 begonnen werden soll, noch erhöhen.

Wenn wir auch mit Freude feststellen, daß es die Entwicklung auf dem Geldmarkt ermöglicht hat, heute zur Beschlußfassung über diese Anleihe zu schreiten, so ist für uns noch die Frage interessant: Welche Möglichkeiten werden wir haben, aus dem Erlös dieser Anleihe produktive Arbeit zu schaffen? Wir stellen diese Frage, weil die Frage der Arbeitsbeschaffung in unserem Lande nach wie vor von allergrößter Bedeutung ist.

Wer im Lande Umschau hält, weiß nur zu gut, daß die Zahl der Arbeitslosen, obwohl wir jetzt schon seit einiger Zeit bestes Früh-

lingswetter haben, nur verhältnismäßig langsam abgebaut wird, daß überdies aber auch in den Industrien, die mit der Witterung gar nichts zu tun haben, keine Besserung der Beschäftigungslage zu verzeichnen ist. Im Gegenteil, man hört immer wieder von Entlassungen, die in den Industriebetrieben vorgekommen werden. Aus dieser Tatsache heraus ergibt sich die besondere Notwendigkeit, daß wir durch öffentliche Investitionen dafür sorgen, daß wenigstens ein Teil derer, die heute keinen Arbeitsplatz finden können, durch diese öffentlichen Arbeiten eine Beschäftigung findet.

Die Anleihe von 200 Millionen Schilling wird dem Land Niederösterreich faktisch 162,1 Millionen Schilling Mittel bringen, die es wirklich einsetzen kann. Die Konvertierung zweier alter Schulden kommt ja für Arbeitsbeschaffung selbstverständlich nicht in Frage. Schon von einem Vorredner ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß, was in der Vorlage der Landesregierung anscheinend übersehen worden ist, durch den Zuzahlungskurs von 98 Prozent für 100 S Nominale noch ein weiterer Ausfall von vier Millionen Schilling zu verzeichnen ist. Der Hinweis des Herrn Kollegen Hilgarth, daß dieser Betrag als Ausgabenpost im Voranschlag in Erscheinung treten wird, ändert nichts an der Tatsache, daß dieser Betrag faktisch dem Finanzreferenten nicht zur Verfügung steht. Dieser Vorgang stellt nur ein formales Ziffernausgleichsspiel dar, das natürlich im Rechnungsabschluß zum Nachweis kommen muß. Wir wissen also, welche Summen uns zur Verfügung stehen, und das Land Niederösterreich kann nun darüber nachdenken und nachsinnen, wie dieser Betrag am wirksamsten zu verwenden ist. Es gilt, zwei Ziele zu erreichen: erstens gegebene und allgemein bekannte Lebensnotwendigkeiten zu realisieren, und zweitens, was immer wieder gesagt werden muß, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen.

Nun ist es vielleicht aber doch notwendig, zu überprüfen, ob die vorgesehene Verwendung des Anleiheerlöses diesen beiden Voraussetzungen absolut entspricht. Man ist überall der Auffassung, daß es einen Grundsatz in der Finanzpolitik gibt, wonach Darlehen nur aufgenommen werden für Vorhaben, von denen man genau weiß, was sie sind und was sie kosten. Von diesem Grundsatz weicht man aber ab, denn es wird uns in der Regierungsvorlage nur gesagt, daß man für drei Dinge die Gelder verwenden will. Da wird uns nun zuerst gesagt, daß man für die Donaukraftwerke-AG. einen größeren Betrag aufwenden will. Wieviel das ist, das



weiß man nicht. Der Herr Kollege Hilgarth hat zuvor erzählt, daß man sich bemühen wird, die Beteiligung des Landes Niederösterreich an den Donaukraftwerken mit 50 Prozent festzusetzen. Ich weiß nicht, welcher Weg beschritten werden wird, um den jetzigen Verteilungsschlüssel zu ändern. Wenn heute der Bund 55 Prozent, Niederösterreich und Wien je 21,25 Prozent und das Burgenland zweieinhalb Prozent des Aktienkapitals von 20 Millionen Schilling zur Einzahlung zu bringen haben, so ist es natürlich klar — und wir haben das ebenfalls schon bei anderer Gelegenheit gesagt —, daß eine Änderung des Anteilschlüssels an diesem Aktienkapital, wenn überhaupt, so doch nur durch Verhandlungen möglich ist. Ich bin nicht in der Lage zu sagen, wie sich der Bund und wie sich die Länder Burgenland und Wien zu dieser Frage stellen werden. Ich glaube jedoch, daß es notwendig ist, sich diesbezüglich jeder Illusion zu enthalten. Wenn man immer wieder davon spricht, daß wir als Niederösterreicher zuerst die Interessen unseres Landes zu vertreten haben, so wird man den Vertretern der anderen Länder wahrscheinlich dasselbe zubilligen müssen. Ich fürchte sehr, daß keine Änderung des Aufteilungsschlüssels möglich sein wird. Dazu kommt, daß die Höhe des Aktienkapitals heute absolut nicht feststeht. Man hört davon, daß die Absicht besteht, das Eigenkapital der Donaukraftwerke von 20 Millionen auf 100 Millionen Schilling zu erhöhen. Diese Summe hat sich dann sprunghaft auf das Doppelte erhöht, und schließlich hat sich dieser Betrag, weil man schon bei der Verdoppelung ist, mit zwei multipliziert als der letzte Schrei in dieser Angelegenheit ergeben. Ich bin überzeugt davon, daß es hier noch sehr eingehender Verhandlungen bedarf, um endgültig klarzustellen, welcher Betrag als vorläufiges Aktienkapital für die Donaukraftwerke-AG. in Frage kommt. Wir Niederösterreicher haben natürlich ein eminent starkes Interesse daran. Wir wissen, daß der Bau dieses Kraftwerkes vielleicht die Wirtschaft Niederösterreichs umgestalten kann, und aus diesem Grunde haben wir immer und immer wieder darauf verwiesen — es hat da nicht viel Meinungsverschiedenheiten gegeben —, daß wir allergrößten Wert darauf legen, daß Ybbs-Persenbeug gebaut wird. Man kann dabei natürlich nicht vergessen, daß durch den Umstand, daß diese Baustelle als Deutsches Eigentum betrachtet worden ist und von der russischen Besatzungsmacht als ihr Eigentum angesehen wurde, Jahre hindurch nichts geschehen konnte. Die Verhandlungen um die Freigabe dieser Bau-

stelle sind mühsam gewesen und sie mußten so geführt werden, daß es wirklich zu einem solchen Vertrag kommt, von dem man sagen kann, daß die österreichischen Rechte restlos gesichert sind. Es macht sich also nicht gut, wenn man immer wieder davon spricht, daß die anderen dafür verantwortlich sind, daß mit den eigentlichen Bauarbeiten noch nicht begonnen werden konnte. Richtig ist vielmehr, daß die vielen Jahre, wie jeder Niederösterreicher weiß, dadurch zum Schaden der Bundesländer nutzlos verlorengingen, weil die Besatzungsmacht die Hand auf Ybbs-Persenbeug gelegt hatte. Diese Jahre sind viel, viel mehr ins Gewicht gefallen als alle anderen Dinge, die da noch ins Treffen geführt werden. Uns Sozialisten geht es darum, daß Ybbs-Persenbeug unter allen Umständen gebaut wird. Dieser Bau ist nach unserer Auffassung auch gesichert, denn es gibt keine Stelle in Österreich, die sagen würde, daß der Bau dieses Werkes noch problematisch ist. Wenn Pläne ausgewechselt werden und sich der Herr Kollege Dubovsky beschwert, daß das auch ein zweites Mal geschieht, so muß man sagen, daß es heute, wo sich die Technik so sprunghaft entwickelt, selbstverständlich ist, daß man sich die Erfahrungen, die man beim Bau so vieler anderer Wasserkraftwerke gemacht hat, natürlich beim Bau des nächsten Kraftwerkes zunutze macht. Die Technik hat, wie auf vielen anderen Gebieten, so auch auf dem Gebiete der Umwandlung von Wasserkraft in elektrischen Strom noch lange nicht ihren Schlußpunkt erreicht. Den Vorwurf der Planänderung finde ich daher absolut nicht am Platz.

Wir sind auch der Meinung, daß es sinnlos wäre, wenn wir Niederösterreicher unser Geld, das wir durch die Landesanleihe 1954 bekommen, den anderen Beteiligten an den Donaukraftwerken aufdrängen und sie von ihrer finanziellen Beteiligung entlasten würden. Wenn das Werk gebaut wird — daran ist nicht zu zweifeln —, so ist es ja für Niederösterreich und für die niederösterreichische Wirtschaft gleichgültig, wer der Hauptträger des Kapitals ist. Schließlich und endlich sind wir ja alle Österreicher, und dieses Land ist ohnedies, wirtschaftlich gesehen, so klein und es steht noch auf so schwachen Beinen, daß wir im Zuge des wirtschaftlichen Ausbaues des Landes keinen Partikularismus betreiben können. Wir sind der Meinung, wenn wir bei der Beteiligung an den Donaukraftwerken Geld in einem wesentlichen Ausmaß ersparen können, daß wir damit andere Arbeiten durchführen können, die dann wirklich dem gesamten Land Niederösterreich zugute kommen. Wir

haben ja in diesem Lande so viel zu tun — darüber besteht auch Einmütigkeit —, und wir beklagen es immer wieder, ohne Unterschied der politischen Anschauung, daß es leider nicht möglich ist, das große Wunschbuckett, das wir alle zusammen haben, im wesentlichen Ausmaß zu erfüllen. Wenn es also möglich ist, Gelder für andere Zwecke freizumachen, so bedeutet das für uns eine wesentliche Erleichterung.

Als zweites soll aus dem Anleiheerlös ein Amtsgebäude am Minoritenplatz errichtet werden. Mir ist, als ich diese Vorlage in die Hand bekommen habe, nur das Wort „Amtsgebäude“ aufgefallen, denn ursprünglich und noch bei der Budgetdebatte im Dezember des Vorjahres ist immer nur von einem „Archivgebäude“ gesprochen worden. Wir haben damals die Meinung vertreten, daß es nicht zweckmäßig sein wird, nur allein ein Archivgebäude mit einem großen Kostenaufwand, der heute mit 20 Millionen Schilling berechnet wird — das wurde auch von Abg. Hilgarth nicht bestritten —, zu bauen. Nun ist aus diesem Archivgebäude ein Amtsgebäude geworden. Wir haben auch gegen die Errichtung eines Amtsgebäudes nichts zu sagen, und wir sind ohne weiteres der gleichen Auffassung, wie es der Motivenbericht zu dieser Vorlage sagt, daß es unzweckmäßig ist, eine Reihe von Ämtern der Landesverwaltung in Mietobjekten schlecht und zu hohen Mietzinsen unterzubringen. Wir sind nur der Meinung, daß diese Änderung in der Bezeichnung dessen, was geschehen soll, ein gewisses Befremden in uns ausgelöst hat, denn wir haben für die Errichtung dieses Amtsgebäudes keine Kostenberechnungen, auch Pläne, von denen man spricht, haben wir noch nicht gesehen. Man spricht wohl von Kosten, aber diese sind nur geschätzt. Ich glaube, daß eine solche Art der Finanzierung eines so großen Bauvorhabens nicht glücklich zu nennen ist. Wenn z. B. eine Gemeinde irgendein Bauvorhaben durchführt, so muß sie ganz genau sagen, wie das Bauvorhaben aussieht, sie muß ihr Vorhaben genau beschreiben, und sie muß die Kostenberechnung erstellen sowie die Bedeckung der Kosten angeben. Wenn diese Gemeinde dann zur Kostenfinanzierung um ein Darlehen ansucht, so würde die niederösterreichische Landesregierung nie die Zustimmung zur Darlehensaufnahme geben, wenn dieses Ansuchen nicht nach jeder Richtung hin, das heißt in bezug auf Planung, Finanzierung und finanzielle Bedeckung fundiert wäre. Was man aber den Gemeinden als selbstverständliche Pflicht vorschreibt, das gilt nach unserer Auffassung auch für das Land Niederösterreich. Vielleicht wäre es

doch möglich gewesen, daß die Pläne und der Kostenvoranschlag auf den Tisch des Hauses gelegt worden wären, damit wir sehen, welcher Betrag erforderlich ist, der verbaut werden soll.

Ich habe den Eindruck, daß die Beteiligung des Landes an den Donaukraftwerken beziehungsweise die Erhöhung des Aktienkapitals dieses Unternehmens und der Bau des sogenannten Amtsgebäudes drüben am Minoritenplatz scheinbar das Wichtigste und das Entscheidende ist, was mit dem Erlös der Landesanleihe gedeckt werden soll. Alles andere, was im Motivenbericht noch erwähnt wird, tritt unzweifelhaft zurück. Da wird z. B. gesagt, daß ein Teil des Anleiheerlöses für das Nachtragsbudget 1954 verwendet werden soll. Das Nachtragsbudget ist so alt wie das normale Budget 1954, denn schon bei den Beratungen des Voranschlages 1954 ist von allen Rednern dieses Hauses darauf verwiesen worden, daß ein Nachtragsbudget kommen wird. Der Herr Finanzreferent hat damals schon ausdrücklich darauf verwiesen, daß er einsieht, daß verschiedene Notwendigkeiten, die aus irgendwelchen Gründen im Rahmen des normalen Budgets nicht untergebracht werden konnten, durch ein Nachtragsbudget ihre Befriedigung finden sollen. Spricht man nun im Motivenbericht zur Landesanleihe offiziell von der Vorlage eines Nachtragsbudgets 1954, so ist zu erwarten, daß dieses Nachtragsbudget wirklich in kürzester Zeit kommen wird, ein Nachtragsbudget, von dem wir annehmen und erwarten dürfen, daß es, soweit es eben der finanzielle Rahmen gestattet — das ist immer der eiserne Panzer, der uns umgibt —, die wichtigsten Dinge, die es in diesem Lande durchzuführen gibt, auch tatsächlich enthält. Ich schließe mich da den Ausführungen an, die diesbezüglich schon gemacht worden sind, daß wir nämlich vor allem jene Gebiete berücksichtigen müssen, wo eine stationäre Arbeitslosigkeit besteht und die Menschen verzweifelt nach Arbeitsgelegenheiten suchen. Wir müssen also trachten, die Mittel des Nachtragsbudgets vornehmlich diesen Gebieten zukommen zu lassen, damit wir dort den Menschen die Hoffnung geben, einen Arbeitsplatz finden zu können. Wir erwarten also dieses Nachtragsbudget 1954 in aller Bälde, und mit uns warten darauf viele, viele Menschen dieses Landes, weil sie glauben, daß sie dann auch eine Besserung ihrer sozialen Lage erwarten können.

Ein Teil des Anleiheerlöses soll — und das ist der letzte Hinweis im Motivenbericht — für das Jahr 1955 bereitgestellt werden. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Aufnahme

kurzfristiger Darlehen nicht mehr möglich ist, will man auch einen Teil der Investitionen des Budgets 1955, das noch in ziemlich weiter Ferne liegt, aus dieser Anleihe heraus finanzieren. Ich weiß nicht, ob dann, wenn wir die drei erstgenannten Vorhaben ausführen, von diesen 162 Millionen Schilling noch Gelder für das Jahr 1955 übrigbleiben. Ich bin überzeugt, daß auch die Finanzverwaltung des Landes das heute noch nicht mit Sicherheit sagen kann, weil man ja nicht weiß, ob nicht im Laufe dieses Jahres Verhältnisse eintreten, die es notwendig machen, größere Beträge zum Einsatz zu bringen. Gelingt es der österreichischen Wirtschaft, die durchschnittliche Arbeitslosigkeit wesentlich herabzudrücken, so bedeutet das auf der einen Seite eine Möglichkeit großer Ersparnisse im Staatshaushalt, auf der anderen Seite bedeutet das natürlich eine erhöhte Konsumkraft, in ihrer letzten Auswirkung dann eine Belebung der gesamten österreichischen Wirtschaft, die selbstverständlich auch uns Niederösterreichern zugute kommt. Wenn es zu dieser günstigen Entwicklung kommt, dann bin ich überzeugt, daß es möglich sein wird, trotz dieser drei erstgenannten Vorhaben noch Beträge aus der Anleihe für das Jahr 1955 bereitzustellen. Sollte aber die Wirtschaft nicht diese erfreuliche Entwicklung aufweisen, dann wird natürlich der Hohe Landtag im nächsten Jahr wieder vor dem Problem stehen, wie er die erforderlichen Investitionen decken kann. Ich halte es aber für sicherlich noch verfrüht, sich schon jetzt in Prophezeiungen für die Zukunft zu ergehen.

Wir begrüßen diese Anleihe nach jeder Richtung, da wir glauben, daß sich die zu treffenden Maßnahmen zu Nutz und Frommen Niederösterreichs auswirken werden. Wir sind überzeugt, daß es möglich sein wird, mit dieser Anleihe manches zu schaffen. Es tut uns aber leid, daß wir nicht in der Lage sind, die Möglichkeiten, welche die Anleihe uns bietet, heute schon ganz konkret zu übersehen. Unser Wunsch geht dahin, daß die Mittel der Anleihe richtig zum Einsatz gebracht werden. Wenn uns das gelingt, dann können wir die Schlußfolgerung ziehen, daß der Versuch, den man hier macht, unter den gegebenen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit darstellt. Der Landtag von Niederösterreich wird sich also mit größter Umsicht darum kümmern müssen, wie dieser Vertrauensvorschuß an die Landesregierung, daß ein nennenswerter Betrag von 162 Millionen Schilling bewilligt wird, ohne seine genaue betragsmäßige Einzelverwendung zu kennen, genützt wird, um das Ziel, das uns

vorschwebt, im weitestmöglichen Ausmaß zu erreichen.

Unser Ziel ist es ja, wie Sie alle wissen — da sind wir uns sicherlich alle einig —, daß wir durch Investitionen die niederösterreichische Wirtschaft befruchten, weiter, daß wir durch diese Befruchtung der niederösterreichischen Wirtschaft Arbeitsgelegenheiten schaffen und damit den vielen, vielen Notstandsgebieten Niederösterreichs die Aussicht auf eine bessere Zukunft geben. Ist das die Wirkung der Landesanleihe 1954, dann kann der Landtag von Niederösterreich getrost sagen, daß er auf diesem Gebiete seine Pflicht restlos erfüllt hat. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. D u b o v s k y.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Der Herr Präsident Wondrak hat in seinen Ausführungen jetzt auch einige Dinge über Ybbs-Persenbeug gesagt, die man nicht so ohne weiteres hinnehmen kann, weil sie einfach die Tatsachen auf den Kopf stellen. Vor allem hat er festgestellt, daß wir als Niederösterreicher auch Österreicher sind. Das ist eine Feststellung, die nichts kostet, die von niemand bestritten wird und die eine Tatsache ist. Aber, so fragt er, was bringt es uns schon, wenn sich Niederösterreich an dem Kraftwerk Ybbs-Persenbeug mit mehr oder weniger Kapital beteiligt? Ich bin der Meinung, daß das eine sehr entscheidende Frage für uns Niederösterreicher ist, eine Frage, die man nur klar erkennen kann im Zusammenhang mit der ganzen Preisgestaltung der österreichischen Stromenergie.

Es ist eine Tatsache, daß Österreich trotz des großen Ausbaues der Wasserkräfte heute noch den zweithöchsten Strompreis in Europa aufweist. Und nun soll Ybbs-Persenbeug errichtet werden, Ybbs-Persenbeug, das den billigsten Strom in Österreich liefern wird. Einschließlich Amortisation, Verzinsung und alles andere mit eingerechnet, wird sich der Erzeugungspreis bei Ybbs-Persenbeug auf 14 bis 15 Groschen pro Kilowattstunde stellen, während er bei Kaprun 55 Groschen beträgt. Die restlose Einverleibung Ybbs-Persenbeugs in die Verbundgesellschaft würde bedeuten, daß hier weiter ein Durchschnittspreis für die niederösterreichischen Strombezieher in Geltung wäre, während Niederösterreich durch seine Beteiligung die elektrische Energie der niederösterreichischen Bevölkerung zu einem wesentlich billigeren Preis zur Verfügung stellen könnte.

Es ist eine Tatsache, daß in die westlichsten Bundesländer gerade in den letzten

Jahren Industriebetriebe deswegen zugewandert sind, weil dort viel billigere Energiequellen zur Verfügung gestanden sind als hier in Niederösterreich, in Wien oder in anderen Bundesländern. Daher muß aus der Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung heraus Niederösterreich daran interessiert sein, sozusagen den Magnet zu bilden, der die Industriebetriebe anzieht und ihre Entwicklung fördert. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß den Industriebetrieben billige Energie zur Verfügung gestellt wird. Halten wir uns doch nur einmal die Technisierung der Haushalte vor Augen, die gerade von der Partei des Herrn Abg. Wondrak sozusagen zum Schlagwort erhoben wurde. Heute gibt es für elektrische Haushaltgeräte eine Mietaktion der Newag und Teilzahlungsaktionen der anderen Elektrizitätswerke, die zweifellos mit dazu beitragen werden, einen größeren Stromverbrauch in die Wege zu leiten. Bei dieser Geräteaktion müssen wir aber bedenken, daß sie doch nur einem bestimmten Kreis der Bevölkerung zugänglich sein wird, weil für die große Mehrzahl nicht die Frage der Anschaffung der Geräte, sondern die hohen Stromkosten entscheidend sind. Wenn man also wirklich für die Technisierung der Haushalte und für die Anwendung der elektrischen Energie in der Landwirtschaft eintritt, dann muß man alles unternehmen, um den Strompreis herabzusetzen. Dann muß man aber auch dafür eintreten, daß das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug gebaut wird, das den billigsten Strom in ganz Österreich liefern können und der dann der Bevölkerung und Industrie des Landes Niederösterreich zur Verfügung stehen wird.

Herr Präsident Wondrak hat die wiederholte Abänderung der bereits ausgearbeiteten Pläne für Ybbs-Persenbeug mit der ständigen technischen Entwicklung begründet. Wenn man auf einem solchen Standpunkt steht, dann können wir in einem halben Jahr wieder erwarten, daß der neueste neue Plan für Ybbs-Persenbeug durch einen noch neueren Plan ersetzt wird. Dabei ist es aber nur komisch, daß z. B. bei Jochenstein der Plan sofort hieb- und stichfest war, und daß der Bau begonnen wurde. Kommt das vielleicht zufällig daher, weil das westdeutsche Industriekapital an diesem Bau interessiert war, während für Ybbs-Persenbeug von den verantwortlichen Stellen strategische Gesichtspunkte ins Treffen geführt wurden, wie sie Bundeskanzler Raab schon bei der Eröffnung der Kamptalkraftwerke erwähnt hat? Gerade jetzt in den letzten Wochen und Tagen wurden diese Gründe bei Diskussionen immer wieder ins Treffen geführt! Man soll sich

also nicht hinter die Ausrede der technischen Entwicklung verstecken und sagen, die Pläne müßten deswegen abgeändert werden. Man kann den Bau nach den Plänen verwirklichen, die vorhanden sind, weil sich solche umstürzende Dinge heute beim Bau von Wasserkraftwerken nicht mehr ereignen. Erfahrungen gibt es diesbezüglich schon genug.

Herr Präsident Wondrak hat auch darauf hingewiesen, daß durch die Inanspruchnahme von Ybbs-Persenbeug als Deutsches Eigentum durch die sowjetische Besatzungsmacht einige Jahre Verzögerung eingetreten sind. Das ist richtig, und das unterstreiche ich. Man muß aber untersuchen, auf welcher Seite hier die Schuld und die Ursachen für diese Verzögerung liegen. Ich möchte hier wirklich einmal die Frage aufrollen — sie ist bis heute noch nicht beantwortet —, ob der Minister Migsch oder der Minister Waldbrunner nur ein einziges Mal ernst mit den Russen über Ybbs-Persenbeug verhandelt hat? Wir haben immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß man beispielsweise bei der Errichtung der Kamptalwerke innerhalb weniger Wochen sofort zu einem Übereinkommen mit den Russen gekommen ist. Es hat sich dann doch gezeigt, als man wirklich ernsthaft mit den Verhandlungen begonnen hat, weil die Schuld der Verzögerung des Baubeginnes von Ybbs-Persenbeug sozusagen den Verantwortlichen auf den Kopf gefallen ist, daß diese Frage dann sofort entschieden werden konnte. Wenn aber schon die Verzögerung da war, war nicht Zeit genug vorhanden, um inzwischen die neuen Pläne, wenn solche angeblich notwendig waren, auszuarbeiten? Es war auch niemand daran gehindert, inzwischen die Wasserrechtsverhandlungen abzuführen! Diese Fragen hätten doch so weit geklärt werden können, daß im Augenblick der Übergabe innerhalb weniger Wochen auch tatsächlich mit dem Bau hätte begonnen werden können. Es ist aber nichts geschehen, und zwar deswegen nicht, weil eben — das muß wieder unterstrichen werden — diese strategischen Momente immer eine Rolle gespielt haben, wie das auch von authentischer Seite zugegeben wurde.

Ich glaube, daß es die Aufgabe des Landtages ist, hier wirklich mit aller Kraft für den sofortigen Baubeginn bei Ybbs-Persenbeug einzutreten, nicht nur weil dort unmittelbar einige tausende Menschen beschäftigt werden können, sondern weil — wie ich schon gesagt habe — aus der Tatsache des billigsten Strompreises schließlich die Voraussetzung für eine breite Entwicklung der

niederösterreichischen Wirtschaft geschaffen wird.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Z a c h.

Abg. ZACH: Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages! Es ist heute schon festgestellt worden, daß wir mit Freude die Möglichkeit begrüßen, daß endlich eine langfristige Anleihe vom Lande Niederösterreich aufgelegt werden kann. Zur Klärung der ganzen Angelegenheit möchte ich nur einige Dinge vorausschicken.

Ich erinnere mich an die vielen Vorwürfe, die von der Minderheit dem Finanzreferenten immer gemacht wurden, weil er von den Kreditermächtigungen des Landtages keinen Gebrauch gemacht hat. Immer und immer hat es geheißt, im Voranschlag des Jahres so und so sei eine Kreditermächtigung über so und so viele Millionen Schilling enthalten und der Finanzreferent habe niemals davon Gebrauch gemacht. Heute wird wieder, wenn auch nicht offen, so doch versteckt ausgesprochen, daß die Verschuldung des Landes bereits einen ganz bedenklichen Höhepunkt erreichen werde, und zwar durch eine Anleihe, die zwar nicht dazu verwendet werden soll, um die laufende Gebarung zu decken, so doch, um Möglichkeiten für solche Investitionen zu schaffen, die in wirtschaftlicher und auch kultureller Beziehung von größter Bedeutung sind. Wenn der Herr Präsident Wondrak nun errechnet hat, welcher Zinsendienst da dem Lande Niederösterreich in der nächsten Zeit erwachsen wird, so ist diese Rechnung ganz schön und geht auch auf. Herr Präsident Wondrak hat aber dabei nur die 33,6 Millionen Schilling vergessen, die kurzfristig waren und nunmehr konvertiert werden, so daß hier eine Ersparnis entsteht, denn jetzt müssen wir zehn Prozent zahlen und nachher zahlen wir nur noch sechseinhalb Prozent.

Wenn nun von der beabsichtigten Errichtung des Amtsgebäudes auch in einer Weise gesprochen wurde, daß es keine produktive Investition sei, so ist dazu zu sagen, daß in dieses Amtsgebäude viele Ämter untergebracht werden sollen, für die jetzt das Land hohe Mietzinse zu bezahlen hat. Es wird daher hier ganz namhafte Ersparungen geben. Die Sprecher unserer Partei haben niemals, wie behauptet wurde, von einem Archivgebäude gesprochen, sondern von einem Gebäude, in dem auch das Archiv untergebracht werden soll. Wir wollten also niemals auf dem Minoritenplatz nur ein Archivgebäude hinstellen.

Wenn von den Rednern der Gegenseite in den letzten Jahren immer wieder gesagt wurde, es bestehe keine Möglichkeit, eine langfristige Anleihe aufzunehmen, und wenn jetzt wieder so versteckt kritisiert wird, wie es der Herr Abg. Dubovsky gemacht hat, daß die Bedingungen der Anleihe zu schlecht seien, fordere ich Sie auf: Sagen Sie uns die Adresse, wo ein noch billigeres Geld zu haben ist, und wir werden von dieser Anregung ganz bestimmt Gebrauch machen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn zum Kraftwerk Ybbs-Persenbeug vom Herrn Präsidenten Wondrak gesagt worden ist, man solle den übrigen Bundesländern das Geld nicht aufdrängen, weil wir es anderweitig so notwendig brauchen, dann müssen wir dazu feststellen, wir wollen gar nicht den anderen Bundesländern unser Geld aufdrängen, sondern wir wollen auf diesem Gebiete das Recht Niederösterreichs einmal in vollem Ausmaße ausschöpfen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn es den westlichen Bundesländern möglich war, bei den Kraftwerken, die in ihren Bundesländern errichtet wurden, einen ganz namhaften, ich möchte sagen, einen überwältigenden Einfluß und Anteil zu erhalten, so ist es nur recht und billig, daß auch das Land Niederösterreich bei dem Kraftwerk, das in Niederösterreich liegt, einen entscheidenden Einfluß bekommt. (*Abgeordneter Ernecker: Sehr richtig!*) Wir müßten sonst aufhören, immer von der Benachteiligung Niederösterreichs zu sprechen, weil uns die anderen Bundesländer mit Berechtigung vorwerfen könnten, warum wir unsere sonstige Benachteiligung nicht dadurch teilweise wettgemacht haben, daß wir beim Donaukraftwerk den niederösterreichischen Standpunkt wahrgenommen und in den Vordergrund gerückt haben. Ich unterstreiche hier, ganz unbekümmert darum, was nachher darüber gesagt werden wird, den Standpunkt des Herrn Abg. Dubovsky hundertprozentig, daß die Erbauung des Donaukraftwerkes in Ybbs-Persenbeug für die wirtschaftliche Entwicklung in Niederösterreich von ganz eminenter Bedeutung sein wird, denn die Erzeugung und Abgabe von billigem Strom bedeutet die größte Wirtschaftsförderung, die überhaupt möglich ist. (*Abg. Schweinhammer: Sehr richtig!*) Wir müssen uns doch vorstellen, welche Auswirkungen es auf unsere Haushalte haben wird, welche Devisenbeträge wir uns bei der Einfuhr von Kohle ersparen können, wenn dieses Werk Ybbs-Persenbeug ausgebaut ist. Der Nachtstrom wird dann auch dazu verwendet werden können, unsere Wohnungen zu heizen. Ich glaube also, daß es wirklich ein Markstein in

der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung Niederösterreichs sein wird, wenn es uns gelingt, in kurzer Zeit dieses Werk Ybbs-Persenbeug zu bauen.

Es muß einmal auch ganz deutlich gesagt werden, daß von gewissen Stellen Schwierigkeiten beim Ausbau der Kamptalsperren gemacht worden sind, und daß sich diese Schwierigkeiten auch bei Ybbs-Persenbeug wieder zeigen. (Abg. Endl: *Sehr richtig!*) Es muß das wieder einmal deutlich ausgesprochen werden. Ich glaube, daß da nicht nur machtpolitische, sondern auch andere Gründe einen ganz entscheidenden Anteil daran haben, daß diese Schwierigkeiten gemacht werden.

Will man wirklich das heurige Jahr ohne eine großzügige Wirtschaftsbelebung vorübergehen lassen? Warum will man das? Will man vielleicht recht behalten, wie es ein Plakat in Wien hinausruft: „Und wir haben doch mit der Behauptung recht gehabt, daß die Arbeitslosigkeit ins Uferlose steigen wird!“? Das wäre ein falscher Ruhm und ein gefährlicher Ruhm, wenn man nur beweisen will, daß man recht gehabt hat, daß die Arbeitslosigkeit nicht abnehmen, sondern noch steigen wird. Es ist daher notwendig, es mit aller Entschiedenheit hier im niederösterreichischen Landtag auszusprechen, daß wir auf der Hut sein werden und genau untersuchen werden, wer die Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich in der Tat fördert und wer die Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich versteckt verhindert (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn wir alles wirklich ganz sachlich und ernst prüfen, dann müssen wir sagen, daß es selbst die größten Optimisten nicht für möglich gehalten haben, daß innerhalb von zwei Jahren die Girozentrale der österreichischen Sparkassen eine Anleihe von 1,1 Milliarden Schilling auflegen können. Das sind lauter kleine Spargelder. Wir alle — auch ich — haben es nicht geglaubt, daß es möglich sein wird, unserem Volk nach zwei so großen Enttäuschungen, wie es die Zeiten nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg waren, den Sparwillen in solchem Maße einzuimpfen. Das ist eines der größten Verdienste unseres Finanzministers Dr. Kamitz. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.*) Ich habe niemals von einer Koalition Raab-Kamitz gesprochen, niemals von einer Regierung Raab-Kamitz, sondern immer nur von einer Regierung Raab-Schärf oder früher Figl-Schärf. Aber Sie dürfen es uns nicht übelnehmen, wenn wir sagen: „Volkes Stimme ist Gottes Stimme!“, und das nachsagen, was das Volk sagt: „Der Raab-Kamitz-Kurs, das ist der richtige!“ Der Kurs

heißt: Raab-Kamitz! So wie in einer Familie Mann und Frau eine Regierung in dieser Familie bilden — da ist es möglich, daß der Mann die Hosen an hat oder daß die Frau entscheidet —, so ist es auch in der Regierung unseres Vaterlandes. (Abg. Dubovsky: *Was tut der Schärf dabei?*) Da gibt es einen verschiedenen Kurs, aber der jetzige Kurs heißt eben Raab-Kamitz! (Abg. Wondrak: *Am 22. Februar ist er geschlagen worden! — Vor einem Jahr ist er eindeutig verurteilt worden, dieser Kurs!* — Abg. Ernecker: *Mit der Lüge vom Rentenraub! — Weitere Zwischenrufe.* — Abg. Staffa: *Aber Ernecker, zeig lieber mehr Mut gegenüber der Kommandantur!* — Abg. Ernecker: *Ihr Rufmörder!*) Warum diese Aufregung? Ich gebe zu, meine sehr Verehrten — ich will da nicht lange über den 22. Februar des Vorjahres sprechen —, es war damals möglich, die Ärmsten der Armen in eine Angstpsychose zu versetzen und dadurch einen billigen Erfolg zu erringen. Ich frage aber die verehrliche Minderheit, warum sie über diese Frage nach dem 22. Februar — ich habe die Presse- und die Versammlungsberichte in den gegnerischen Zeitungen genau verfolgt — niemals mehr von der Rentenfrage gesprochen hat? Sie hat deshalb nimmermehr davon sprechen können, weil sie hätte zugeben müssen, entweder sie hat bewußt die Unwahrheit verkündet oder sie hat sich geirrt! Beides konnte sie nicht, daher schweigt sie.

Nun hat sich diese Minderheit einen neuen Schlagler zurechtgelegt: die Arbeitslosigkeit! Wir werden aber diesmal schon vorzeitig nach dem Rechten schauen, damit nicht ein solcher Schlagler die Entscheidung bringt, sondern eben die Taten.

Es ist sicherlich richtig, daß auch wir uns sehr viel mit dem Gedanken beschäftigen, wie weit man mit einer Verschuldung des Landes gehen darf. Wir wären auch jetzt dagegen, wenn etwa für die sogenannte laufende Gebarung oder für Fürsorgemaßnahmen oder andere Dinge eine Anleihe aufgelegt werden würde. Aber wir werden nicht eine Sekunde zweifeln oder zögern, für die vorliegende Anleihe zu stimmen, weil wir alles begrüßen, was Wirtschaftsbelebung und Dauerwerte schaffende Beschäftigung bedeutet.

Ich habe wirklich mit Freuden festgestellt, daß der Herr Präsident Wondrak am Schluß seiner Rede wieder zu den realen Tatsachen zurückgefunden und festgestellt hat, daß die Gegenseite sehr zufrieden sein wird, wenn die Anleihe die wirtschaftlichen Wirkungen bringt, die wir alle erhoffen.

Und jetzt nur noch einige Sätze zu der Kritik, daß nicht genau gesagt wird, was mit

diesen 200 Millionen Schilling geschehen soll. Meine sehr verehrten Männer und Frauen des Hohen Landtages, erinnern Sie sich doch, daß immer gesagt wurde: Zuerst die Bedekungsfrage! Sie (*zur Seite der SPÖ gewendet*) haben uns gerade in der letzten Sitzung vorgeworfen, daß wir nicht zuerst sagen, wie die Kosten bedeckt werden sollen. Wir sagen daher jetzt: Die Erbauung des Amtsgebäudes, die Beteiligung an Ybbs-Persenbeug sollen mit diesen 200 Millionen Schilling, abzüglich der erforderlichen Beträge für die Konvertierung, durchgeführt werden. Nun sagen Sie wieder, es sei nicht gut, zuerst eine Anleihe aufnehmen und nachher die Planung vornehmen. Ich glaube, daß jeder vorsichtige Geschäftsmann, wenn er eine groß angelegte Investition in seinem Betriebe machen will, sich zuerst die Gelder verschafft. So ist es auch beim Finanzreferenten des Landes Niederösterreich gewesen, daß er gesagt hat, er will zuerst die Gelder haben und dann werden wir sehen, was wir damit machen. Ich stimme mit dem Herrn Präsidenten Wondrak überein, wenn er sagt, die bestmögliche Ausnützung dieser Anleihe sei notwendig. Wenn man sich nun darüber beklagt, daß der Landtag die genaue betragsmäßige Verwendung der Anleihegelder nicht kennt, so können wir dazu nur sagen, der Landtag wird sich damit erst beschäftigen, wenn ein Beschluß über die Anleihe gefaßt worden ist. Sodann wird geplant und errechnet, was die Vorhaben kosten werden, und dann erst erfolgt die Aufteilung der Gelder. Nur aus diesen Erwägungen heraus hat es die ÖVP abgelehnt bzw. hat der Herr Finanzreferent vorgeschlagen, daß heute keine Ziffern über die Verwendung der Anleihe genannt werden, denn heute soll nur der Beschluß gefaßt werden, daß dem Finanzreferenten diese 200 Millionen Schilling gegeben werden, damit er die Projekte erstellen und sie den Parteien zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen kann. Ich glaube, eine gewissenhaftere Finanzgebarung ist nicht mehr denkbar.

Wir sind nicht nur glücklich, sondern wir geben uns auch der bestimmten Hoffnung hin, daß dieser Anleihebeschluß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in unserem engen Heimatland beschleunigen wird. Von diesem Gesichtspunkt aus rufen wir den Arbeitslosen in Niederösterreich zu: Urteilt gerecht darüber, was dieser niederösterreichische Landtag alles unternimmt, um die Arbeitslosigkeit wenigstens so merklich zu lindern, daß jedermann sagen muß, es ist das größtmögliche auf diesem Gebiet geleistet worden. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Ich glaube, es wäre fast nicht notwendig gewesen, zu der Frage dieser Anleihe so viele Worte zu verlieren. Nachdem aber nun in gesteigertem Ausmaß zu dieser Frage so viel blühender Unsinn verzapft worden ist, glaube ich, ist es notwendig, die Diskussion darüber bedeutend zu erweitern.

Wenn Herr Abg. Zach der Meinung ist, daß er mit der Diskussion über die Frage der Anleihe eine Lobeshymne auf den Kurs Raab-Kamitz anstimmen muß, dann kann man sich lebhaft vorstellen, daß wir dieser Lobeshymne nicht ohneweiters zustimmen können, da das Land Niederösterreich eine Spitzenarbeitslosigkeit, nämlich die Rekordzahl von 300.000 Arbeitslosen, aufzuweisen hat, welche an die Zeit von 1934 bis 1937 heranreicht. Angesichts einer solchen Tatsache Lobeshymnen zu singen, ist mehr, als vernünftige und klar-denkende Menschen vertragen können.

Aber auch aus einem anderen Grunde scheint es mir notwendig, dazu noch einiges zu sagen. Wir haben fast den Eindruck, daß sich die Mehrheitsfraktion hier im Hause eine Rede des Herrn Abg. Dubovsky bestellt hat. (*Heiterkeit im ganzen Hause. — Abgeordneter Endl: Blühender Unsinn! — Abgeordneter Dubovsky: Wie der Schelm ist, so denkt er! — Neuerliche Heiterkeit.*)

PRÄSIDENT SASSMANN (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. WENGER (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter Dubovsky fordert in seiner Rede im Brustton der Überzeugung, daß das Land Niederösterreich in stärkerem Ausmaß am Ausbau des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug beteiligt sein soll. Herr Abg. Hilgarth beruhigte in seinen Ausführungen den Herrn Abg. Dubovsky und sagte, die ÖVP-Mehrheit in diesem Hause werde alles daransetzen, den Anteil des Landes Niederösterreich am Ausbau des Donaukraftwerkes bedeutend zu erhöhen. (*Abg. Hilgarth: Das ist selbstverständlich! — Abg. Ernecker: Werden wir auch! Wenn der Waldbrunner nicht will, werden wir es machen! — Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Ernecker: Der sabotiert die Geschichte! — Abg. Staffa: Ernecker, geh Plakat runterwaschen!*) Ich glaube, daß nun beide Fraktionen zufrieden sind, sowohl die Fraktion der ÖVP mit dem Gelingen dieses Antrages als auch die Kommunistische Fraktion damit, daß die ÖVP-Fraktion bereit ist, dem Antrag der Kommunistischen Frak-



tion Rechnung zu tragen. Trotzdem wir Niederöreicher sind — Herr Abg. Wondrak hat das schon zur Genüge zum Ausdruck gebracht —, wissen wir alle zusammen, daß durch einen stärkeren Finanzbeitrag des Landes Niederösterreich zum Ausbau des Donaukraftwerkes kein einziger Arbeiter mehr beim Ausbau des Kraftwerkes beschäftigt sein wird. Es ist lediglich ein Politikum, dem hier Rechnung getragen werden soll, ein Politikum insoferne, als die ÖVP-Fraktion daran interessiert ist, daß die Kompetenz des Ministers für verstaatlichte Betriebe, der zufällig jetzt gerade der sozialistische Minister Waldbrunner ist, beim Ausbau dieses Kraftwerkes eingeschränkt werden soll. Tatsache ist auch — das wissen wir genau so, wie Sie es zweifellos wissen —, daß noch niemand daran gedacht hat, den Ausbau dieses Kraftwerkes zu verzögern oder vielleicht sogar zu hintertreiben, sondern daß lediglich — ich verweise immer wieder darauf — die Schwierigkeiten seinerzeit dadurch bestanden haben, daß das russische Element lange gebraucht hat, bis es seine Zustimmung gegeben hat. Ich erinnere Sie daran, daß es noch Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gegeben hat, als die bescheidene Frage gestellt wurde, ob die von den Russen verschleppten Dieselaggregate zurückgegeben werden. (*Abg. Hilgarth: War das beim Kamptal auch so?*) Ich erinnere noch daran, daß die Verhandlungen nahezu gescheitert wären, daß sie aber schließlich doch zu einem gedeihlichen Ende kamen, wobei auf die Zurückgabe dieser Dieselaggregate verzichtet worden ist. Nun müssen aber selbstverständlich vorerst die Vorbereitungen zum Baubeginn getroffen werden. Es können bei dieser Baustelle doch nicht ins Blitzblaue 2000 Arbeiter eingesetzt werden, die dann dort stehen und nicht wissen, was sie anfangen sollen. Da gibt es Wasserrechtsverhandlungen, da sind verschiedene komplizierte Vorbereitungen notwendig, bis die Arbeiten anlaufen können, das wissen Sie alle. Es geht Ihnen aber aus politischen Erwägungen heraus darum, einen mehr als 50prozentigen Anteil für sich zu buchen. (*Ruf bei der ÖVP: Für Niederösterreich!*) Ja, für Niederösterreich, weil im Augenblick in Niederösterreich eine ÖVP-Mehrheit ist. Durch eine größere Beteiligung wird aber kein einziger Arbeiter mehr beim Bau dieses Kraftwerkes beschäftigt werden, als es derzeit der Fall ist.

Im übrigen ist es unsere unabänderliche Meinung, daß der Ausbau von Kraftwerken, die Schaffung von elektrischer Energie in der Hauptsache eine Bundesangelegenheit ist, und daß es in der Hauptsache Landes-

angelegenheit ist, das Stromnetz so auszubauen, daß wirklich überall elektrischer Strom in entsprechender Menge bezogen werden kann. Vergessen Sie doch nicht die Tatsache, daß im Augenblick mit großem Pomp die NEWAG-Aktion ins Leben gerufen wurde. Ich sage, um irgendeinem Vorwurf vorzubeugen, daß wir diese Aktion begrüßen. Wenn wir nun den Fall annehmen, daß irgendein größerer Ort bereit wäre, im Augenblick 50 Elektrogeräte anzuschließen, so kann diesem Wunsche nicht Rechnung getragen werden, weil das Stromnetz heute gar nicht so groß ist, daß es eine solche Belastung aushalten könnte. Es ist also unserer Meinung nach Aufgabe der Landesgesellschaften, dafür zu sorgen, daß der vom Bund bereitgestellte Strom bis in die entferntesten Täler hinaus in genügender Stärke gebracht werden kann, damit die Verwendung des anfallenden Stromes für alle erdenklichen Geräte, die unter erleichterten Bedingungen bereitgestellt werden, gesichert werden kann. Das ist unsere Meinung zu dieser Frage.

Gegen Ihr Bestreben, einen größeren Aktienanteil beim Donaukraftwerk zu erlangen, haben wir auch aus einem anderen Grund Bedenken. Sie wissen, Hohes Haus, daß noch eine Frage ungeklärt ist. Wir haben den Rechnungshofbericht über die NEWAG noch immer nicht endgültig durchdiskutiert, weil es auf Grund Ihrer noch nicht gegebenen Zustimmung unmöglich ist, diese Frage öffentlich zu diskutieren. Auch sind wir nicht über die Form der Finanzgebarung, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Kamptalkraftwerkes zu beobachten war, im klaren, und können auch noch nicht richtig im klaren sein, weil, wie gesagt, eine gründliche Diskussion zu dieser Frage von Ihnen nicht freigegeben wurde. (*Abg. Stangler: Da fragen Sie vielleicht den Herrn Direktor Ofenböck! Ist sich der vielleicht auch nicht darüber im klaren!*) Der kann sich nicht darüber im klaren sein, weil sich seine Kompetenz nicht darauf erstreckt. (*Abg. Stangler: Er weiß von nichts? Gehört er umsonst dem Vorstand an?*) Verdrehen Sie das nicht!

Ich möchte auch davor warnen, daß man die Verteilung der Anleihegelder dem Finanzreferenten überläßt. Es ist bereits vom Herrn Vizepräsidenten Wondrak richtig gesagt worden, daß man sich über die sofortige Verwendung dieser Gelder im klaren sein mußte, weil man das Geld nicht auf Lager legen soll und dann rein zum Vergnügen dafür Zinsen zu bezahlen hat. Wenn man schon Gelder aufnimmt, sollen sie unserer Meinung nach zweckmäßig aber auch gleich vergeben werden.

Wenn Sie mit dieser Anleihe die Verherrlichung eines Regimes verbinden, was absolut nicht dazugehört und was den Tatsachen, die vor uns liegen, kraß widerspricht, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß wir diese Verherrlichung nicht widerspruchslos hinnehmen können, insbesondere dann nicht, wenn uns die Praxis verschiedene Dinge zeigt, die unsere Empörung hervorrufen. Ich verweise nur darauf, daß in der letzten Zeit beispielsweise das sowjetische Element einen Befehl herausgegeben hat, daß gewisse Plakate entfernt werden sollen. Sie wissen, welche Haltung der Herr Innenminister dazu eingenommen hat, und Sie wissen auch, wieviel mutige Stellen im Lande Niederösterreich es gegeben hat, die diesen Befehl negiert haben. Aber wir wissen auch, daß es bei Ihnen *(zur Seite der ÖVP gewendet)* Parteistellen gegeben hat, die den Befehl prompt befolgt haben. *(Abg. Ernecker: Befehle der Polizei befolgt haben! Befehle des sozialistischen Polizeileiters! Sie sagen die Unwahrheit! — Abg. Zach: Was ist mit dem Bürgermeister, der zweimal zur Besatzungsmacht gegangen ist, damit Beschlüsse des Obersten Gerichtshofes nicht zur Durchführung kommen? — Fortwährende Zwischenrufe des Abg. Ernecker.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Herr Abg. Ernecker, ich rufe Sie zur Ordnung! *(Abg. Ernecker: Das ist unwahr! — Abg. Staffa: Der Getroffene schreit auf! — Abg. Ernecker: Was Oscar Pollak geschrieben hat, das glaubt ihr alles! Mein Name ist dort nicht gestanden! Laßt euch nur von mir erzählen, wie es war!)*

Abg. WENGER *(fortsetzend)*: Es gab bei Ihnen Parteistellen, die den Befehl befolgt haben *(Abg. Ernecker: Schämt euch, so etwas zu sagen! — Landesrat Stika: Der sich schämen sollte, redet vom Schämen!)*, ja nicht nur befolgt haben, sondern zusätzlich noch eine Fleißaufgabe gemacht haben, indem sie an Stelle dieser von der Besatzungsmacht verbotenen Plakate ein Pamphlet gegen den Koalitionspartner affiziert haben. Wenn es nicht der Fall sein sollte, wenn das nicht zutreffen sollte, bin ich gerne bereit, mich offiziell zu entschuldigen, um Verzeihung zu bitten, aber ich werde wahrscheinlich dazu keine Gelegenheit haben. *(Abg. Ernecker: Eine Gemeinheit sondergleichen!)* Ich bitte also, solche Dinge nicht zu tun und gleichzeitig davon zu reden oder uns zuzumuten, daß wir in diesem Zusammenhang der Verherrlichung eines Regimes Beifall zollen oder ihr ruhig zuhören sollen, von dem wir wissen, daß es solche Auswüchse zeitigt.

Ich erkläre noch einmal, daß wir selbstverständlich mit dieser Anleihe einverstanden sind und es begrüßen, daß wir im Lande Niederösterreich, sei es in welcher Form immer, Arbeit schaffen können. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Endl.

Abg. ENDL: Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Kollege Wenger, hat betont, daß es nicht notwendig gewesen wäre, zu diesem Punkt der Tagesordnung so ausführlich zu sprechen. Wir müssen hierzu feststellen, daß wir nicht so viel gesprochen hätten, hätten nicht gerade Sie, meine Herrschaften von der Gegenseite, immer wieder in Ihrer Presse den Standpunkt breitgetreten, daß alle Maßnahmen, die von unseren Regierungsmitgliedern und von unserer Partei bisher gesetzt wurden, lauter Luftprojekte gewesen wären. Sie haben sogar eine Zeitung herausgegeben, die die Regierungsmitglieder der ÖVP beschmutzt und veremt; der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl wurde sogar persönlich angeführt. Ich möchte bitten, daß Sie nun zu der Erkenntnis kommen, daß die Projekte nicht Luft geworden sind, sondern Tatsache werden. *(Abg. Staffa: Abwarten!)* Gerade Sie, Herr Staffa, haben seinerzeit über das Projekt unseres hochverehrten Herrn Landeshauptmannes, dem 60-Millionen-Projekt für Flußregulierungen, Ihre Meinung mit den Worten ausgedrückt: „Lauter Luftprojekte!“ Die Finanzierung dieses Projektes ist aber gegeben, und es wird ein Teilbetrag dieser 60 Millionen bereits verbaut. Wenn Sie Interesse dafür haben, gehen Sie in die Bauleitung und informieren Sie sich, wieviel Baustellen bereits vergeben wurden.

Ich habe mich aber auch zum Wort gemeldet, um noch auf etwas anderes zu antworten. Es heißt immer: „Blühender Unsinn!“ Ich möchte schon sagen, daß wir uns derartige Ausdrücke mehr oder weniger ersparen könnten, wenn wir uns gegenseitig verstehen und die Maßnahmen der Landesregierung, übrigens auch mit Zustimmung Ihrer Regierungsmitglieder beschlossen, erkennen und hier im Landtag unterstützen würden. Es soll nicht so sein, daß in Ihrer Presse und draußen in Versammlungen die Arbeiterschaft, die leider im Winter in einer so großen Zahl in Niederösterreich brotlos war, von Ihnen aufgeputscht wird, indem Sie sagen: Es ist eine sehr schlechte Wirtschaft im Lande Niederösterreich und im Bund überhaupt. Kann es eine schlechte Wirtschaft sein, wenn nach 1938 erstmalig Österreich wieder eine aktive Handelsbilanz hat? Kann es eine schlechte

Wirtschaft sein, wenn erstmalig festgestellt wurde, daß aus dem Fremdenverkehr Devisenbeträge in einem Ausmaß von nahezu 147 Millionen eingegangen sind? (*Abg. Wenger: Wir haben auch seinerzeit einen „Alpendollar“ gehabt und trotzdem 600.000 Arbeitslose!*)

Immer und immer wieder wird in Ihrer Presse festgestellt, daß alle Maßnahmen, die von den ÖVP-Ministern oder von den ÖVP-Mitgliedern in der Landesregierung durchgeführt werden, nur „Luft“ sind, und daß nichts anderes als das Raab-Kamitz-Programm an der hohen Arbeitslosigkeit schuld ist. Ich habe erst kürzlich — und der Herr Kollege Wenger weiß es — an einer Tagung der Landesexekutive der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer von Niederösterreich teilgenommen. Ich habe dabei an Hand von Ziffern die Frage der Arbeitslosigkeit untersucht, wie ich es auch hier schon einmal gemacht habe. Ich möchte mich darüber nicht neuerlich in längeren Ausführungen ergehen. Doch hat man mich dort nicht weiterreden lassen, weil man die Redezeit mit zehn Minuten begrenzt hat.

Es gibt verschiedene Ursachen der Arbeitslosigkeit. Wenn man sich auf allen Sektoren zusammensetzt und einig den Willen vertritt, die Arbeitslosigkeit wirklich zu vermindern, dann müssen wir wirklich anerkennen, daß gerade die Finanzierung aller in der letzten Zeit durchgeführten oder begonnenen Arbeiten der Auftakt zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit war. Wir haben festgestellt — ich weiß es aus meiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Krankenkasse —, daß gerade das Nachtragsbudget des Landes Niederösterreich im Jahre 1953 es ermöglicht hat, die Arbeiten nahezu bis anfangs Dezember durchzuziehen. Die Auswirkung war auch in der niederösterreichischen Wirtschaft festzustellen. Daß dann dieser große, schwere Winter gekommen ist, dafür können wir alle zusammen nichts.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß die NEWAG-Aktion mit den Stromgeräten von einer Seite kritisiert wird. Sie wurde auch in der erwähnten Sitzung der Exekutive der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer von Niederösterreich kritisiert. Was ist aber geschehen? Zehn Tage nach der NEWAG-Aktion hat die Gemeinde Wien genau dieselbe Aktion gemacht, obwohl der Gewerkschaftssekretär Nationalrat Proksch in dieser

Sitzung gesagt hat, es wäre gescheiter gewesen, diese Aktion später einzuführen und zuerst den Strompreis zu ermäßigen. Auch diesbezüglich müssen wir uns zusammensetzen und vielleicht gemeinsam in dieser Frage an den zuständigen Minister herantreten. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es nicht so ist, daß das Stromnetz Niederösterreichs die durch die NEWAG-Aktion eintretende höhere Belastung nicht erträgt, denn das Stromnetz Niederösterreichs ist seit dem Jahre 1946 von der NEWAG kolossal ausgebaut worden. Für den Ausbau des Stromnetzes werden heuer zirka 200 Millionen Schilling in Betracht kommen, und der Ausbau der Ottensteiner Stufe ist durch die 300 Millionen Schilling, die wir der NEWAG garantiert haben, gesichert. Daß der Netzausbau nicht von heute auf morgen fertiggestellt werden kann, ist selbstverständlich. Das sehen Sie auch bei der Gemeinde Wien, wo ein Straßenzug nach dem anderen ausgebaut wird.

Wir müssen ehrlich sein, und den Erfolg, wenn er da ist, auch gegenseitig anerkennen. Daher bitte ich Sie, im Interesse der Arbeitslosen Niederösterreichs nicht nur dieser Vorlage zuzustimmen, sondern auch in der Zukunft immer wieder, wenn etwas Positives geschaffen wird, dieses zu bejahen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter SCHÖBERL (*Schlußwort*): Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Abstimmung über den Antrag des Finanzausschusses*): A n g e n o m m e n .

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dubovsky*): A b g e l e h n t .

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Der Finanzausschuß hält sogleich nach dem Plenum im Herrnsaal eine Sitzung ab.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluß der Sitzung um 16 Uhr 3¼ Min.*)